

DIE LINKE. Fraktion

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1491/2008**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 15.01.2008

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Prof. Dr. Christidis, Die Linke.Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	21.01.2008	Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur	24.01.2008	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	07.02.2008	Entscheidung

Betreff:

Zuschüsse für Gedenkstättenfahrten

- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.01.2008 -

Antrag:

Zur Förderung der Auseinandersetzung junger Menschen mit dem Holocaust wird das Schulverwaltungsamt angehalten,

- die Schulen an die bisher ungenügend genutzte Möglichkeit der Bezuschussung zu erinnern und
- soweit wie möglich in Erfahrung zu bringen, welche Aspekte bisher Schulklassen veranlassen bzw. davon abbrachten, Gedenkstättenfahrten zu veranstalten.

Begründung:

Nicht erst seit der Eröffnung des aktuellen Wahlkampfs haben rechtsextreme Aktivitäten in unserer Region zugenommen; die Wahl des Neonazi Marcel Wöll in den Wetterauer Kreistag im März 2006 und seine Verurteilung wegen Leugnung des Holocaust im August 2007 gehören lediglich zu den Auffälligkeiten eines schleichenden Durchdringungsversuches, der sich in Gießen vorerst z.B. durch scheinbar harmloses Auftreten von Aktivistinnen und der sie angeblich beschützenden, männlichen Neonazis bemerkbar macht.

Die Weigerung des Karlsruher BVG 2003, die NPD zu verbieten, offenbarte einerseits das weltoffene, tolerante Antlitz dieser Gesellschaft – andererseits aber auch die Verstrickung staatlicher Institutionen in neonazistische Bestrebungen. Diese Erkenntnis unterstreicht umso mehr das Erfordernis politischer Aufklärung. Trotzdem ist für Gießen

festzustellen, daß 2006 nur 2/3 des für Gedenkstättenfahrten zur Verfügung gestellten Budgets tatsächlich in Anspruch genommen wurde.

Da die extreme Rechte nicht einmal für sich beansprucht (geschweige denn versucht), eine konsistente Weltanschauung zu bieten, agiert sie einerseits mit Bedrohungsszenarios, andererseits mit Macht- und Allmachtsphantasien, womit sie sich (wie in der Vergangenheit) den Mächtigen dienlich und den Ohnmächtigen und Jugendlichen attraktiv macht – sofern letztere politisch nicht aufgeklärt sind. Deshalb ist es so wichtig, früh und eingängig der Jugend politische Bildung zu ermöglichen.

Just in diesem Zusammenhang ist der Antrag der Fraktion *DIE LINKE* zu sehen, im Haushalt 2008 die Haushaltsstelle 2.2930.612000 (Gedenkstättenfahrten, Haushaltsplan 2008 S. 4.57, z.Z. € 7.600) auf € 12.500 zu erhöhen.

Nicht minder wichtig ist in diesem Zusammenhang die Kenntnis um Kriterien, die eine Unternehmung oder (vor allem) eine Unterlassung solcher Fahrten begründen: Ganz gleich, ob es Mittellosigkeit, Desinteresse, Personalmangel, fortgeschrittene Verrohung in der Schülerschaft oder andere Ursachen waren: Die StvV wird dem sicherlich entgegenwirken wollen; die intrinsische Motivation des Stadtparlamentes bedarf nicht der Besinnung auf den antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes.

Prof. Dr. Aris Christidis